S 16 (13) KR 86/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen Sozialgericht Sozialgericht Dortmund Krankenversicherung

Abteilung 16
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 16 (13) KR 86/02

Datum 16.06.2003

2. Instanz

Aktenzeichen L 5 KR 129/03 Datum 24.06.2004

3. Instanz

Datum -

Der Bescheid der Beklagten vom 09.01.2001 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 14.03.2002 wird aufgehoben. Die Beklagte wird verurteilt, die Brustverkleinerung der Klägerin zu ihren Lasten zu Ã⅓bernehmen. Die Beklagte hat die zweckentsprechenden auÃ∏ergerichtlichen Kosten der Klägerin zu tragen.

Tatbestand:

Streitig ist, ob sich die KlĤgerin zu Lasten der Beklagten operativ die Brust verkleinern lassen kann.

Die Kl \tilde{A} ¤gerin ist bei der Beklagten krankenversichert. Den Antrag auf Kosten \tilde{A} ½bernahme f \tilde{A} ½r eine Brustverkleinerung stellt sie unter Hinweis auf die au \tilde{A} \Box er gew \tilde{A} \P hnliche Gr \tilde{A} \P \tilde{A} \Box e beider Br \tilde{A} ½ste.

Die Beklagte holte fachmedizinischen Begutachtungen des Medizinischen Dien stes ein. Dieser kam zu dem Ergebnis, dass wegen der allgemeinen Adipositas der Klägerin zunächst MaÃ∏nahmen der Gewichtsreduktion medizinisch indiziert seien.

Dementsprechend lehnte die Beklagte den Antrag der KlĤgerin mit Bescheid vom 09.01.2001 und Widerspruchsbescheid vom 14.03.2002 ab.

Gegen den Widerspruchsbescheid hat die KlĤgerin am 02.04.2002 Klage erhoben.

Sie trägt vor, dass eine allgemeine Gewichtsreduktion nicht ihre Beschwerden im HWS-BWS Bereich bessern oder lindern könne. Die Schwere der Brust werde durch eine allgemeine Gewichtsreduktion nicht gezielt abgebaut.

Die KlĤgerin beantragt,

den Bescheid der Beklagten vom 09.01.2001 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 14.03.2002 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, die Brustverkleinerung der KlAzgerin zu ihren Lasten durchzufA¼hren.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie trägt unter Bezugnahme auf das Gutachten des Medizinischen Dienstes vom 05.09.2001 vor, dass eine operative Brustverkleinerung bei der Klägerin nicht medizinisch erforderlich sei.

Das Gericht hat Beweis erhoben durch Einholung eines orthopädischen Gutachtens von Dr. aus. Der Sachverständige ist zu dem Ergebnis ge kommen, dass es sich bei der Brustverkleinerung der Klägerin nicht um eine ästhetische Operation, sondern um einen medizinisch indizierten Eingriff handele.

Hinsichtlich weiterer Einzelheiten des Sach- und Rechtsvortrages der Betei ligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und auf die Verwaltungsakte, die Gegenstand der $m\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndlichen Verhandlung gewesen ist, Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde:

Die Klage ist zulĤssig und begründet.

Der Bescheid der Beklagten vom 09.01.2001 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 14.03.2002 ist rechtswidrig und beschwert die KlĤgerin im Sinne von <u>§ 54 Abs.2</u> des Sozialgerichtsgesetzes (SGG).

Die Klägerin hat einen Anspruch gemäÃ∏ <u>§ 27</u> des Sozialgesetzbuches V auf Vornahme einer operativen Brustverkleinerung zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung und damit zu Lasten der Beklagten.

Das Gericht ist aufgrund des Gutachtensachtens des gerichtlichen Sachverständigen zu der Ã□berzeugung gekommen, dass es bei der Klägerin durch die Gigantomastie der Brüste zu einem regelwidrigen körperlichen Zustand kommt, der den Krankheitsbegriff des <u>§ 27 SGB V</u> erfüllt.

Die Gigantomastie steht auÄ er Streit. Es ist nachvollziehbar, dass der Sach verstĤndige die rĶntgenologisch gesicherten VerĤnderungen an der WirbelsĤule auf die Schwere der Brļste zurļckführt. Der SachverstĤndige hat auf der Grundlage seiner Untersuchung Ã⅓berzeugend dargelegt, dass es durch die Gewichtseinwirkung zu einer Vermehrung der RundrÃ⅓ckenbildung im oberen BWS-Bereich komme, was zur Folge habe, dass eine Einengung der WirbelzwischenlĶcher eintrete, die die radikulĤren SchmerzzustĤnde der KlĤgerin auslĶsten. Wegen der Kompensation im GefÃ⅓ge der WirbelsĤule komme es auch zu einer Schmerzsymtomatik aus dem Bereich der HWS. Die Schmerzen strahlten in die Arme aus. Sie seien medikamentĶs und physiotherapeutische nur schwer zu beeinflussen.

Diese biomechanischen ZusammenhĤnge sind einleuchtend und werden die Befunde der Untersuchung gestützt. Die Untersuchungsergebnisse im Gutachten des Medi zinischen Dienstes weichen im übrigen kaum von denen des gerichtlichen Sachverständigen ab. Nur die Schlussfolgerung sind verschieden. Das Gericht kann der Auffassung des Medizinischen Dienstes nicht folgen, dass die Klägerin zu nächst eine gesamte Gewichtsreduktion durchführen müsse. Ob bei einer gene rellen Gewichtabnahme auch die Schwere der Brüste wesentlich abnimmt, ist zu bezweifeln. Durch das Herabhängen der Brüste ist eine Eigendynamik bei der Reduzierung der Fettzellen zu erwarten, die nicht parallel mit der allgemeinen Gewichtsreduktion verlaufen wird.

Aus diesen Gründen konnte dem Begehren der Klägerin entsprochen werden.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

Erstellt am: 22.11.2004

Zuletzt verändert am: 23.12.2024